II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS
NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL
DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH“

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Doppel-Nummer 58/59 | 2. Oktober 1919 | ח׳ תשרי תר״ף | Preis 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Interview mit Minister Erzberger.

Der deutsche Reichsfinanzminister *Erzberger* weilte kürzlich in der Schweiz. Obwohl der außerordentlich stark in Anspruch genommene Minister jeden Empfang von Journalisten ablehnte, weshalb auch seine Anwesenheit in Zürich geheimgehalten wurde, hatte Exzellenz Erzberger dennoch die überaus große Freundlichkeit, den Herausgeber der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“ in Audienz zu empfangen. Im Laufe der Unterredung erklärte der Minister, daß es jedem, der seine Vergangenheit kenne, klar sei, *wie sehr er die jetzt von mancher Seite betriebene Judenhetze auf das entschiedenste verurteile.*

Infolge der Feiertage trat eine unliebsame Verzögerung in der Veröffentlichung dieses wichtigen und überaus interessanten Interviews ein, das wir nachstehend wiedergeben:

„Wie verhalten sich Euer Exzellenz zu der antisemitischen Hetze in Deutschland und welche Mittel gedenkt die Deutsche Regierung dagegen zu ergreifen?“

„Ich verurteile die antisemitische Hetze, die zurzeit in Deutschland in gewissen Kreisen organisiert und betrieben wird, auf das schärfste. Meine Auffassung von der staatsbürgerlichen Gleichheit in Rechten und Pflichten für alle deutschen Staatsangehörigen, lässt mich das gewissenlose antisemitische Treiben aus tiefstem Grunde verabscheuen. Meine Auffassung deckt sich mit der deutschen Verfassung. Artikel 109, Absatz 1 besagt, dass alle Deutschen vor dem Gesetze gleich sind. Artikel 135 gibt allen Bewohnern des deutschen Reiches den Genuss voller Glaubens- und Gewissensfreiheit. Artikel 136 besagt, dass die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt werden.

Der Hintergrund der antisemitischen Hetze ist zur Genüge bekannt. Die Kreise von denen sie ausgeht, decken sich mit den Kreisen, die ein Interesse daran haben, für die Schuld ihres verwegenen Chauvinismus eine Diversion zu suchen.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, aus welchen psychologischen Untergründen das Ablenkungsmanöver gespeist wird. Es sind Anzeichen dafür vorhanden, dass neben der Judenhetze eine sozialistische und eine Katholikenhetze parallel geht oder besser gesagt, dass ein System vorliegt, zuerst die Juden, dann die Sozialisten, dann die Katholiken. Ich gebe ohne weiteres die bemerkenswerte Tatsache zu, dass infolge des Ueberwiegens des jüdischen Elementes in der unabhängigen Führerschaft eine gewisse Voreingenommenheit gegen die Juden begreiflich ist, aber schliesslich ist auch diese Tatsache verständlich. Denn es ist klar, dass diejenigen Kreise, die bisher von der Macht so gut wie ausgegeschlossen waren, jetzt dafür einen Ausgleich suchen.

Meine Stellungnahme zu der antisemitischen Hetze ist umso e i n d e u t i g e r, als ich von jeher für die Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger eingetreten bin. Ich erinnere daran, dass ich u. a. stets die Hintansetzung der Juden in der Armee, namentlich im Offizierkorps bekämpft habe. Anständige Gesinnung und Tüchtigkeit sollen das Kriterium für jeden Deutschen sein. Gleichberechtigung in bürgerlicher Betätigung und religiöser Ausübung gehören zu den Grundrechten jedes Deutschen. Diese meine Auffassung ist die der gesamten Reichsregierung. Die Regierung ist entschlossen, der antisemitischen Hetze mit allen gesetzlichen Mitteln entgegen zu treten. Sie werden in der Presse gelesen haben, dass es der Regierung gelungen ist, eine Hauptquelle der antisemitischen Hetze aufzufinden und unschädlich zu machen. Dem Staatskommissar für innere Ordnung liegt in Preussen die Unschädlichmachung der Hetze ob. Die Notwendigkeit hierzu ergibt sich ohne weiteres aus den Gefahren für die öffentliche Ordnung, die zu trüben zweifellos die ausgesprochene Absicht der antisemitischen Treiber ist. Es wird Ihnen auch bekannt sein, dass den Versuchen, die Judenhetze in die Reichswehr hineinzutragen, seitens des Reichswehrministers entgegengetreten wird. Mein Kollege *Noske* hat sich verschiedentlich gegen die Ausbreitung des Aktionsgebietes der Hetzer in der Armee ausgesprochen. Es versteht sich dies ja ohne weiteres für eine demokratische Regierung. Würden nicht alle Mitglieder der Regierung diesen Standpunkt einnehmen, so hätten wir eben keine demokratische Regierung. In einem demokratischen Staat haben Pogrome keinen Platz. Wir brauchen keine russischen Verhältnisse.“

„Ist Euer Exzellenz bekannt, dass sich in Deutschland die Ostjuden organisieren und sich bestreben, den Schutz einer nationalen Minderheit zu erlangen und finden Herr Minister nicht, dass auch die Juden in Polen als nationale Minderheit denselben Schutz und dieselben Rechte geniessen sollen, wie sie den Deutschen in Polen zugesichert sind?“

„Soviel ich weiss, handelt es sich nicht um eine Organisation der Ostjuden politischen Charakters, sondern die Ostjuden in Deutschland organisieren sich zu humanitären Zwecken, zu Zwecken gegenseitiger sozialer Hilfe. Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass in Polen auch die Juden als nationale Minderheit denselben Schutz und dieselben Rechte geniessen sollen, wie die Deutschen, aber das ist ja bereits der Fall. In dem Abkommen der Entente mit Polen über den Minderheitsschutz ist in den Artikeln 8—12 für sämtliche völkischen, religiösen und Sprachminderheiten, sowohl in religiöser als kultureller und philantropischer Hinsicht gesorgt und in Artikel 12 ist die Einhaltung dieser Vorschriften unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt.“

„Wie stellen sich Euer Exzellenz resp. die Deutsche Regierung zu den Bestrebungen des jüdischen Volkes auf Erlangung eines „national home“ in Palästina und wie dünken Euer Exzellenz die Aussichten des jüdischen Volkes in dieser Sache?“

„Ich stehe — und ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich sage, auch die Regierung — den von den Zionisten verfolgten Bestrebungen in Palästina sympathisch gegenüber. Ich darf auf die Erklärung hinweisen, die s. Z. der damalige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr von dem Busche-Haddenhausen abgegeben hat. Was die Aussichten des jüdischen Volkes in dieser Hinsicht angeht, so steht, soviel ich informiert bin, die englische Regierung dieser Frage wohlwollend gegenüber. Sollte der jüdische Staat in Palästina verwirklicht werden, so gebe ich mich der festen Hoffnung hin, dass innerhalb desselben die christlichen Stätten auf heiligem Boden alle wünschenswerten Freiheiten haben werden.“

Interview mit Minister Dr. Benes.

Aus Paris kommend, wo er die außenpolitischen Fragen der Tschecho-Slovakei an der Friedenskonferenz erfolgreich vertrat und wo er Gelegenheit hatte, mit den nationalen Führern des jüdischen Volkes in engere Fühlung zu treten, begab der tschechoslovakische Minister des Aeussern, Exzellenz Dr. *Benes*, sich dieser Tage nach Prag zurück. Der Minister passierte im Ententezug Zürich. Trotz der äußerst knapp bemessenen Zeit, die dem Minister zur Verfügung stand, — bekanntlich hält der Diplomatenzug in Zürich nur 8 Min., — war Dr. Benes so liebenswürdig, den Herausgeber der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“ zu einer Unterredung zu empfangen, in der er sich über die Stellung der tschechoslovakischen Regierung zur Behandlung der Judenfrage *in überaus wohlwollendem Sinne* verbreitete.

Der Minister wies unter anderem auf die verschiedenen freundlichen Erklärungen des Präsidenten *Masaryk* und des Ministerpräsidenten *Tusar* hin und erinnerte an die von ihm wiederholt zum Ausdruck gebrachte günstige Stellungnahme zu den nationalen Bestrebungen der Juden und zur ganzen Behandlung der Judenfrage.

In warmen Worten und in sehr herzlich gehaltenem Tone führte Exzellenz Dr. Benes aus: „Es ist ja weiteren Kreisen bekannt und das „Komitee der Jüdischen Delegationen an der Friedenskonferenz“ in Paris weiß zur Genüge, daß ich die zionistischen Ideen schätze und der national-jüdischen Bewegung *sehr freundlich gegenüberstehe.* Dieser meiner Ueberzeugung habe ich wiederholt deutlich Ausdruck verliehen. Erst kürzlich habe ich diese Ansicht in einem Brief an Dr. Ludwig *Singer*, den Präsidenten des Jüdischen Nationalrates für die Tschechoslovakei, niedergelegt. Die hin und wieder gehegte Befürchtung, die Juden der tschechoslovakischen Republik würden auch nur irgendwie den anderen Bürgern gegenüber zurückgesetzt werden, ist irrig. Die tschechoslovakische Regierung wird mit allen Mitteln bestrebt sein, etwaige Mißverständnisse zu beseitigen“.

Exzellenz Dr. Benes schloß mit den Worten: „Ich kehre jetzt nach Prag zurück und schon die allernächste Zukunft wird zeigen, wie gerecht wir die Behandlung der Juden durchführen werden. Ich werde mit aller Kraft darüber wachen, daß allen tschechoslovakischen Staatsbürgern eine gerechte Behandlung zuteil wird“.

Painlevé für die Rechte der rumänischen Juden.

Am 18. Sept. wurde der Pariser rumänische Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich“, Dr. *Enric F. Braunstein* als Repräsentant des Komitees für den Schutz der Juden in Rumänien, das seinen Sitz in Paris hat, von dem ehemaligen Präsidenten des französischen Ministerrates, *Paul Painlevé*, in einer einstündigen Audienz empfangen.

Dr. *Braunstein* schilderte eingehend die unglückliche Lage der Juden in dem alten und neuen Rumänien, unterbreitete Texte von Gerichtsentscheidungen, die das neue Judendekret für nicht verfassungsgemäß erklären, wies darauf hin, daß die Administrationen, entgegen dem Gesetz, von den Juden eine Menge von Akten verlangen und führte Tatsachen an, die klar beweisen, daß sich in Rumänien nichts geändert hat. Auch die Lage der Juden in der Bukowina, in Transsylvanien und Bessarabien wurde eingehend besprochen.

Painlevé versprach diese Frage genau zu untersuchen. Er war bisher der Meinung, daß die rumänische Judenfrage bereits gelöst wäre und versprach, daß man im Kampfe für die Rechte der Juden in Rumänien, welche die Opfer der rumänischen Oligarchie sind, auf seine Hilfe rechnen könne.

— Der Pariser E. B. Korrespondent der „Jüdischen Preßzentrale, Zürich“ berichtet: *Hadamard,* der Professor der Mathematik am Collège de France, Mitglied des Institut, Mitglied des Zentralkomitees der „Liga für die Menschen -und Bürgerrechte“ sandte folgenden Brief an Herrn Guernut mit der Bestimmung, denselben auf dem Meeting zugunsten der Juden in Rumänien vorzulesen, denen der Vertrag von St. Germain Garantien bietet, welche Herr Bratiano und seine Klique zu unterschreiben sich weigern. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Mein lieber Guernut! Da ich gezwungen bin Paris zu verlassen, liegt es mir daran, meinen brüderlichen und enthusiastischen Gruss allen denen zu senden, die heute Abend für die Juden in Rumänien die elementarsten Menschenrechte fordern werden, jene Rechte von denen man später nicht verstehen wird, daß sie so lange verweigert werden konnten, nämlich das Anrecht auf den Titel eines Bürgers. Sie werden unserer Regierung und derjenigen von Rumänien sagen, daß sogar die bis jetzt unverrückbare Idee der nationalen Souverä-

nität in allen Ländern eine notwendige Evolution erleiden muss; sie kann sich nicht mehr der Gerechtigkeit und den Statuten des Völkerbundes entgegenstellen. Die individuelle Freiheit eines jeden kann in einem Staate nicht in die Verneinung der öffentlichen Ordnung ausarten; die ehrenwertesten nationalen Empfindlichkeiten können jetzt nicht an Prinzipien Anstoß nehmen, ohne welche der Völkerbund nicht zu existieren vermöchte. gez. Hadamard.

Manifestation für die Rechte der Minoritäten in Rumänien.

Am 18. Sept. fand im Saale der „Gelehrten Gesellschaften" in Paris eine große von der Liga der Menschenrechte einberufene Versammlung unter dem Präsidium *Heinrich Guernuts* statt.

Der Saal war derart überfüllt. daß eine große Anzahl Personen, an der Versammlung nicht teilnehmen konnte. Nach den Referaten der Herren *Heinrich Guernut, Braunstein, Marius Moutet* und *A. de Monzie*, nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Da wir finden, daß die Emanzipation der Juden aller Länder für den Forschritt der Demokratie und das Gleichgewicht des Friedens von Wichtigkeit ist; indem wir ferner an das Versprechen der rumänischen Regierung auf dem Berliner Kongress erinnern, wo Rumänien versprach, den Juden die bürgerliche politische Gleichberechtigung zu gewähren und sein Versprechen gebrochen hat; indem wir hinzufügen, daß in dem vergrösserten Rumänien außer den Juden auch noch drei oder vier Millionen menschlicher Wesen leben werden, die ethnischen Minoritäten angehören und die man nicht ohne Schutz und Verteidigung lassen darf, äussern wir den Wunsch, daß die alliierten Regierungen die Vereinbarungen des Vertrages von St. Germain unverändert aufrechterhalten und bitten das rumänische Volk, unsern Freund und Verbündeten, den Suggestionen einer antisemitischen Oligarchie zu widerstehen und im Einvernehmen mit den Demokratien der Entente das Recht der rumänischen Juden, sowie dasjenige der nationalen Minoritäten unter die Garantie und die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen."

Aufruf zur Einberufung einer Hilfskonferenz der Juden aller Länder.

Das „Komitee der Jüdischen Delegationen" in Paris richtet an sämtliche Gesellschaften und Komitees, welche der Hilfe für die vom Kriege betroffenen Juden gewidmet sind, folgenden vom Präsidenten *N. Sokolow* und Generalsekretär *L. Motzkin* unterzeichneten Aufruf, den die „J.P.Z." im Wortlaut wiedergibt:

In dem Moment, in dem der allgemeine Friede kommen wird, steht das Judentum der ganzen Welt vor einer ausserordentlichen Aufgabe. Es gilt jenen Brüdern, die durch die Frontkämpfe, durch Deportationen, Pogrome, Okkupationen und sonstige Schrecken des Krieges ruiniert worden sind, die wirtschaftliche Wiederaufrichtung zu ermöglichen. Der grösste Teil der osteuropäischen Juden befindet sich in einem Zustand wirtschaftlichen Zusammenbruches, der eine Anspannung sämtlicher jüd. Kräfte erforderlich macht, wenn diese Massen nicht untergehen sollen. Dazu sind nicht nur ungeheure Finanzmittel notwendig, sondern auch eine wohlüberlegte Systematisierung und Organisierung der ganzen Rekonstruktionsarbeit.

Leider haben in verschiedenen Ländern bei weitem noch nicht alle Juden, die dazu im Stande sind, auch nur der primitiven Pflicht gegenüber ihren Brüdern genügt. Während Amerika und einzelne Länder Europas für die vom Kriege betroffenen Juden Bewundernswertes geleistet und einen grossen Opfermut bekundet haben, gibt es bedeutende Teile des jüd. Volkes, die trotz des Anblicks ihrer hungernden und verschmachtenden Brüder, bewusst oder unbewusst eine passive Gesinnung an den Tag gelegt haben.

Noch stehen die Formen nicht fest, welche die Möglichkeit schaffen werden, die Folgen der Katastrophen zu beseitigen oder zu mildern. So viel ist klar; die Hilfe muss von gewaltigen Dimensionen sein und zugleich nicht einer unzulänglichen, zeitweiligen, philantropischen Aktion gleichen, sondern einen ernsten wirtschaftlichen und sozialen Charakter tragen. Zwei grosse Aufgaben müssen also zugleich gelöst werden; das richtige Sammeln, das richtige Verteilen. Beide Aufgaben sind aber miteinander aufs engste verbunden. Aus den Formen der Hilfe ergeben sich auch die Formen der Herbeischaffung der Mittel. Für eine grossangelegte soziale Art der Rekonstruktion sind ganz andere Mittel aufzubringen, als für eine reine Wohltätigkeitsaktion. Was im Sinne einfacher Verschenkung nicht zu erreichen ist, lässt sich durch Anleihen, deren Verwendung kontrolliert wird, durch ein grossangelegtes System der Herbeischaffung von Rohmaterial oder ähnliche Methoden wohl durchführen. Je mehr es sichergestellt wird, dass die Empfänger durch das ganze System der Verwendung in die Lage versetzt werden, die gewährten Subventionen zurückzuerstatten, desto grösser werden die Möglichkeiten der Aufbringung grandioser Mittel.

Wird diese Aktion in jedem Lande unabhängig organisiert und durchgeführt, so muss das Werk chaotisch, philantropisch und nur von vorübergehendem Nutzen sein. Es wird den Untergang der Millionen nicht aufhalten und wird in seinen katastrophalen Wirkungen die Juden aller Länder beeinträchtigen.

Das Komitee der Jüdischen Delegationen zu Paris, welches für die Interessen des Ostjudentums eintritt, möchte rechtzeitig dafür Vorsorge tragen, dass durch die Vereinigung aller Kräfte in das drohende Chaos Ordnung hineinkomme, möchte rechtzeitig eine unübersehbare Katastrophe verhindern. Denn eine solche Katastrophe wird es sein, wenn nicht in der allernächsten Zeit die Richtlinien festgelegt werden, wie *alle* Energien zur Rettung des ruinierten Judentums in Bewegung zu setzen und welche Methoden der Hilfe anzuwenden sind.

Der erste Schritt, um diese grossen und komplizierten Ziele zu verwirklichen, ist die schnelle *Einberufung einer Hilfskonferenz von Juden aller Länder.* Das Komitee der Jüdischen Delegationen zu Paris hat den Beschluss gefasst, dass im November oder Dezember l. J. eine allgemeine jüd. Konferenz abgehalten werden müsse. Es wendet sich jetzt mit dieser Aufforderung an sämtliche Hilskomitees, welche zur Milderung der Leiden des vom Kriege betroffenen Judentums ins Leben gerufen wurden, an alle Organisationen, welche mit den wirtschaftlichen Problemen des jüd. Lebens sich befassen — oder indirekt auf das wirtschaftliche jüd. Leben einen Einfluss auszuü-

ben suchen — und Persönlichkeiten, welche diesen Aufgaben sich widmen.

An die Hilfskomitees und die entsprechenden Organisationen in 25 Ländern Europas, Amerikas, Asiens und Afrikas ergeht der Ruf: Kommt schnell zusammen, um das Ziel rechtzeitig klar zu formulieren, um die Komponenten der schweren Aufgabe kennen zu lernen, um die Kräfte, welche das Ziel verwirklichen sollen, einzuschätzen, um das System der Rekonstruktionsarbeit festzustellen, um eine programmatische Koordination aller dieser Faktoren herbeizuführen. Geschieht es nicht bald, so wird es zu spät sein.

Indem wir uns jetzt an Ihre Organisation mit unserer Aufforderung wenden, beanspruchen wir Ihre Aktivität schon im vorbereitenden Stadium. Wir hoffen, dass Ihre Organisation schon bei der Festsetzung des Programms entscheidend mitwirken wird. Denn nur die Stimmen der in der Arbeit erprobten Kräfte, nur deren Rat und Forderungen können massgebend sein. Indem wir zu dem wichtigen Schritte die Initiative ergriffen haben, haben wir damit im Bewusstsein unserer Verantwortung einer allgemeinen jüd. Pflicht genügen müssen. Wir erwarten aber von allen Hilfskomitees selbst, dass sie mit der grössten Beschleunigung ihrerseits an die Durchführung der Aufgaben der Hilfskonferenz herangehen werden.

Für die Verwirklichung des gewaltigen Unternehmens ist das harmonische Zusammenarbeiten sämtlicher Hilfsorganisationen erforderlich, sowohl derer, die an den Orten des Elendes selbst wirken, als derer, welche fern vom Elend gewissermassen in der Rolle der Unterstützenden sind. Wir brauchen nicht erst zu erklären, dass das Judentum hier als geschlossene Einheit dem Ziele dienen muss. Nur äusserlich erscheint es, als ob ein Teil dem anderen helfen soll. In Wirklichkeit hilft jeder Teil sich selbst, hilft sich eben das jüd. Volk als Ganzes, als Organismus.

Da die Zeit drängt, so bitten wir Sie, uns die Antwort Ihrer Organisation so schnell als möglich zukommen zu lassen. Von der Schnelligkeit, mit der die Aufgabe in Angriff genommen wird, wird ihre Verwirklichung abhängen. Denn unser ist nur die Initiative, Euer aber ist das Werk und die Verantwortung für das Werk.

Die Zionistische Konferenz in Chicago.

Aus *New-York* wird der „Jüdischen Pressentrale Zürich" berichtet: Für den 14. Sept. ist nach Chicago die amerikanische zion. Konferenz einberufen. Die Beschlüsse dieser Konferenz dürften von grundlegender Bedeutung für die Weiterentwicklung des Zionismus werden, weshalb auch in Amerika für diese Konferenz sich das regste Interesse kundgibt. Als Vorbereitung für die Konferenz fand in New-York am 1. und 2. Sept. eine Kreiskonferenz der Zionisten von New-York und New-Jersey statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: Das Pittsburger Programm, Sitz der zion. Weltorganisation, Verhältnis der zion. Weltorganisation zu den verschiedenen Fraktionen, die Palästina-Arbeit, die hebräische Erziehung in Amerika und Vorschläge. Herr *Louis Lipsky* teilte in seinem Bericht über die Tätigkeit der Organisation während des letzten Jahres folgendes mit: Die Organisation zählt jetzt 165,000 Mitglieder, die Poale Zion 8,000 und der Misrachi 11,000. Für den „Zion. Commonwealth" sind 1,200,000, für den Nationalfonds mehr als 200,000 Dol. gesammelt worden. Aktien der Kolonien-Gesellschaft wurden für fast 300,000 Dol., der Achusath-Zion für 1,000,000 verkauft. In der gefassten Resolution wird verlangt, die Konferenz in Chicago möge die Rechte der Fraktionen begrenzen und in jedem Lande solle nur eine zion. Organisation bestehen. Bald nach Klärung der politschen Lage soll ein Kongress einberufen werden, womöglich in Jerusalem. Ueberhaupt soll Jerusalem ständiger Ort der zion. Kongresse sein. Auch die Administration soll bei erster Gelegenheit nach Palästina verlegt werden.

Die Debatten in Chicago dürften sehr lebhaft werden, da sich auch in Amerika letztens verschiedene Strömungen und Parteigruppierungen innerhalb des Zionismus bemerkbar machen. Gegen tausend Delegierte sind angemeldet und erwarten vor allem das politische Referat mit grosser Spannung. Bei seiner Ankunft in Palästina hatte *Brandeis* den jüd. Journalisten jedes Interview verweigert, mit der Begründung, er müsste erst in Chicago Bericht erstatten. Im letzten Augenblick erfahren wir jedoch, dass Brandeis nur an einem Volksmeeting sprechen werde, während an der Konferenz das politische Referat wahrscheinlich *Prof. Frankfurter* innehaben wird und über den „Waad Hazirim" in Palästina *Dr. Friedenwald* und *Robert Szold* sprechen werden, die ebenso wie Brandeis erst unlängst aus Palästina zurückgekehrt sind. Die Absage von Brandeis hat grosse Enttäuschung bei den Delegierten hervorgerufen.

Max Nordau hat aus Spanien ein Begrüssungsschreiben an die Konferenz gerichtet in dem es u. a. heisst: Zu unserem Glücke hat sich in Amerika in den letzten 40 Jahren eine neue Judenheit, bestehend aus 3 Mill. Seelen, gebildet, deren Pflicht es ist, für die Zukunft unseres Volkes zu sorgen. Betreffs der Forderungen an die engl. Regierung heisst es darin: Der geographische Begriff Palästina muss nach den traditionellen Grenzen festgesetzt werden und man darf auf keinen Fall zulassen, dass die Grenzen des Landes irgendwie geschmälert werden. Die Türen Palästinas müssen einer unbegrenzten Immigration offen stehen. Es ist eine Ironie und beleidigend für uns, wenn man uns sagt: „Palästina gehört euch" und gleichzeitig uns die Grenzen schliesst. Aller Boden, der bisher der türkischen Regierung gehört hat, muss jüdisch-nationales Eigentum werden. Privaterwerb darf nur nach den Grundsätzen unseres Gesetzgebers Moses erfolgen, wofür bereits Versuche in Argentinien vorliegen und worauf *Henry George* in Nord-Amerika ein theoretisches System aufgebaut hat. Die amerikanischen Juden müssen auch die Einberufung des jüd. Weltkongresses auf sich nehmen. Durch diesen wird eine neue Epoche in der politischen Selbsterhaltung des alten jüd. Volkes beginnen.

— Nach einem Kabeltelegramm wurde der bisherigen Leitung der amerikanischen zion. Federation nach heftigen Debatten von der Konferenz die Idemnität erteilt und die bisherige Leitung im Ganzen wiedergewählt.

Die „Times" über Palästina.

Die „Times" vom 16. Sept. veröffentlicht einen längeren Bericht ihres Orient-Korrespondenten, der sich jetzt in Palästina befindet, über die Verhältnisse in Palästina, der ziemlich ungünstig

für die Juden lautet. In dem Artikel wird auf die Gegnerschaft der Mohammedaner und Christen hingewiesen, die den Zionisten viel weitgehendere Forderungen unterschieben als diese tatsächlich gestellt haben. Er habe an die Zionisten die Frage gerichtet, ob sie sich der Gefahren bewusst seien, und von ihnen eine Darstellung ihrer Forderung vernommen, die so mässig sind, dass er sich veranlasst fühle, den Zionisten zu raten, diese mässigen Forderungen möglichst bekannt zu machen, damit die christlichen und muselmanischen Fanatiker, die jetzt mit Juden-Pogromen drohen, dieselben vernehmen und verstehen sollen. In diesen Forderungen liege Weisheit. Das ist der einzige Weg zur Sicherheit.

In einer weiteren Nummer veröffentlicht die „Times" einen Leitartikel über die Lösung der jüdischen Frage, woraus zu entnehmen ist, dass diese grosse engl. Zeitung eine für den Zionismus günstige Lösung herbeiwünscht. Die „Times" erklärt, dass die Grenzen von Syrien und Palästina noch nicht endgültig festgesetzt sind, aber sie fügt hinzu, dass die Franzosen die von England gegenüber dem jüdischen und arabischen Volke eingegangenen Verpflichtungen respektieren. Palästina müsse, so schreibt die „Times", weitere Grenzen haben als die geschichtlichen. Die Nordgrenze ist von der Geschichte nicht in zufriedenstellender Weise gelöst worden. Die biblische Bestimmung „von Dan bis Bar Scheba" gab wohl dem alten jüdischen Staat eine gute strategische Grenze nach Norden hin, aber schon die Geschichte des alten Testaments zeigt, dass die Verbindung zwischen den Juden des Nordens und denen des Südens stets durch Vordringen über den Jordan unterbrochen werden konnte. Das ist eine der vielen Ursachen, weshalb die laut dem Sykes-Picot-Abkommen für Palästina festgesetzten Grenzen nichts taugten. Der Jordan kann nicht als Ostgrenze Palästinas dienen und Galiläa muss einen guten Teil des Litani-Teiches und die Täler zwischen dem Libanon und Hermon einschliessen. Um das biblische Ideal eines v e r e i n i g t e n Volkes von Dan bis Bar Scheba zu verwirklichen, muss Palästina nicht nur eine gute militärische Grenze im Osten des Jordans haben, sondern auch einen Zutritt zu den Wassern des Litani besitzen. Dies ist nötig für die ökonomische Entwicklung von Nord-Galiläa. Bei der richtigen Bestimmung dieser Nordgrenze darf man nicht übersehen, Englands Pflicht als Mandatar, ein jüdisches Palästina so zu schaffen, dass es nicht gezwungen ist, um seine Existenz zu kämpfen, sondern als einen Staat der fähig und kräftig ist, ein unabhängiges und nationales Leben zu führen. Man muss also die Nordgrenze nicht so ziehen wie sie im biblischen Palästina gewesen ist, sondern so wie sie hätte sein sollen. Wir müssen die Fehler verbessern, die den Niedergang in den alten Zeiten verursacht haben. Wir müssen nicht blos die militärische Sicherheit der Nordgrenze in Betracht ziehen, sondern auch die Möglichkeit einer vollen ökonomischen Entwicklung des Landes. Mit dem Besitz von Haifa braucht Palästina sich wegen der Begrenzungen Syriens im Norden nicht zu kümmern. Es benötigt vielmehr den Litani-Teich, der für Syrien nutzlos ist, aber ungeheuer grossen Nutzen für die agrikulturellen Möglichkeiten Galiläas haben kann.

Die Grenzen Palästinas.

Dem „Judiszen Folk" wird vom 23. Sept. aus Paris telegraphiert, dass sich Prof. Weizmann an den in dieser Woche stattfindenden Verhandlungen über die Grenzen zwischen Syrien und Palästina beteiligen wird. Die Aussichten sind günstige.

Der M. D. Korrespondent der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" telegraphiert am 30. Sept. aus Paris:

Dr. Weizmann, der jetzt in London wiederholt mit *Lloyd George* und *Marshall Allenby* konferierte, schifft sich anfangs nächster Woche in Brindisi nach Palästina ein. Er dürfte in zwei Wochen nach London zurückkehren.

Stuart Samuel in Warschau.

Der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" wird aus Warschau berichtet: Nachdem *Morgenthau* mit seiner Kommission Mitte September Polen verlassen hat, ist am 18. Sept. unauffällig Stuart *Samuel* in Warschau eingetroffen. In Paris hatte er vor seiner Abreise längere Besprechungen mit Roman *Dmowski* und *Paderewski*. Er äußerte sich jüd. Presse-Vertretern gegenüber, daß Paderewski sich der Judenfrage gegenüber anscheinend wohlwollend verhalte und auch nicht wünsche, daß die litauischen Juden zur Auswanderung aus Polen gezwungen werden. Dagegen habe Dmowski erklärt, daß er diese Auswanderung wünsche. Samuel wies Dmowski gegenüber darauf hin, daß diese Juden bei einer Auswanderung auch ihr Kapital mitnehmen würden, was von unberechenbaren Folgen für Polen begleitet sein könnte. Dmowski blieb hierauf die Antwort schuldig. Auf die Vorwürfe Dmowskis wegen der seinerzeitigen Duma-Wahlen habe er erklärt, daß die Juden vollkommen Recht hatten; sie wollten und konnten keinen Antisemiten wählen, auch wenn es Dmowski ist. Samuel glaubt, daß sich die jüd.-poln. Beziehungen allmählich bessern werden, was im Interesse des poln. Staates selbst liegt. Ueber die Realisierungsmöglichkeiten des zion. Ideals und den jetzigen Stand der Verhandlungen in Paris verweigerte Samuel die Antwort und drückte nur die Hoffnung aus, daß die jüd. Erwartungen in Erfüllung gehen werden. Er betonte auch, daß er selbst englisches Mitglied der jüd. Delegation am Friedenskongreß war und sich lebhaft für die Erlangung des Minoritäten-Schutzes in Polen eingesetzt hat. Im Gegensatz zu Morgenthau werde er sich hauptsächlich mit der Untersuchung der bekannten Vorfälle beschäftigen und ein Bureau einrichten, wo alle Klagen vorgebracht werden sollen. Sofort nach seiner Ankunft war er beim Vertreter des Aussen-Ministers, Graf *Skrynski*, der ihm versprach, eine Veröffentlichung zu erlassen, wonach die poln. Regierung nicht nur nichts dagegen habe, daß die Juden in das zu eröffnende Bureau kommen und alles berichten mögen, sondern daß es der Wunsch der poln. Regierung sei, daß die Juden *alles* erzählen mögen, um die Wahrheit festzustellen. Zum Schluß erwähnte Samuel noch, daß er ein frommer Jude sei und im Gegensatz zu Anderen (damit soll wohl Morgenthau's Gespräch mit Niemojewski gemeint sein) wohl wisse, was der „Schulchan Aruch" sei. Als Jude fühlt sein Herz alles Leid und Pein der Juden mit und er wolle alles anwenden, um die Lage der Juden zu verbessern.

Die Lage der jüdischen Privatbeamten.

Eine in einem erstrangigen europäischen Versicherungsinstitute in leitender Stelle tätige Persönlichkeit, die vor kurzem in Zürich zwecks Vorbereitung der Gründung einer internationalen Versicherungsgesellschaft weilte, teilt der „Jüdischen Preßzentrale Zürich" über die Lage der jüd. Privatbeamten folgendes mit:

Bekanntlich gab es im alten Oesterreich-Ungarn in allen Finanzinstituten, seien es Banken oder Versicherungsgesellschaften, einen großen Stab jüd. Beamten. Obwohl diese nach bestem Können und Wissen stets ihre Pflicht und mehr als diese erfüllten, stehen sie jetzt vor einer großen Gefahr. Die Wiener Großbanken waren der früheren Großmachtstellung Oestereich-Ungarns angepaßt und werden jetzt nach der Aufteilung des alten Reiches ihre Geschäfte und somit auch den Personalstatus dem Kleinstaate Deutsch-Oesterreich anpassen müssen. Aehnlich verhält es sich mit den Versicherungsgesellschaften. Daß man bei der Entlassung der überzähligen Beamten wohl zuerst die Juden herausgreifen wird, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Die Hoffnung, daß diese Beamten von den Instituten

der Sukzessionsstaten mit übernommen werden, ist nur eine sehr geringe. Im Osten kommt es bei der Aufnahme von Beamten in erster Reihe auf den Familiennahmen an. Qualifikation und Studium sind Nebensache. Gesuche eines Rosenbaum oder Taubes wandern in den Papierkorb, während die Offerte eines Michalowicz oder Jampolski nach ihrer Rassenreinheit untersucht wird. In zweifelhaften Fällen wird ein Taufschein verlangt und der Bewerber, falls auch nur seine Großeltern Juden waren, unter verschiedenen Vorwänden zurückgewiesen. Als unlängst in Warschau ein Versicherungsinstitut mit jüd. Gelde gegründet wurde, hat man, um die Konzession leichter zu erlangen, das Aktienkapital zum Schein unter einheimische Polen verteilt. Aber auch diese Herren besitzen jetzt den Mut, jüd. Beamten zurückzuweisen. Um für diese Intellektuellen ein neues Arbeitsgebiet zu schaffen, müßte ein neues *Weltinstitut* entstehen, in welchem ein jeder, bei Nachweis der nötigen Fähigkeiten, Anstellung finden könnte. Das Kapital müßten Juden, die Sinn und Herz für ihr Volk haben, hergeben. Aufgabe dieses Institutes wäre es, überall Filialen zu schaffen, um auch auf wirtschaftlichem Gebiete mitreden zu können. Wir wollen mit unserem Kapital tolerant sein und die Tore des Institutes sollen natürlich allen fähigen Bewerbern, Juden wie Nicht-Juden, offen stehen. Dies Institut könnte und müßte den brotlosen jüd. Privatbeamten wieder ermöglichen, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechende Stellungen zu erlangen. Welche Dienste eine solche Gründung dem jüd. Volke zu leisten im Stande wäre, ist klar.

Der Gewährsmann der „J.P.Z." hat sich von hier nach Holland begeben, um weitere Verhandlungen in dieser Sache mit den führenden holländischen Finanziers zu pflegen.

Chronik.

Russland.

— In *Petersburg* haben die Bolschewisten alle 5 Mitglieder des zion. Zentral-Komitees, die sich dort befanden, verhaftet, darunter die Herren *Brutzkus* und *Rubinstein*, ferner den Sekretär der „Chronika Jewreiskoj Shisni", *Burak*, und den Sekretär der „Kadimah" *Rappaport*, sowie eine Reihe anderer zion. Führer. Trotzdem erscheint die „Chronika Jewreiskoj Shisni" weiter.

Ein drahtloses Telegramm aus Moskau berichtet, daß die Soviet-Regierung den antisemitischen Staatsanwalt *Wiper* für sein aufhetzerisches Verhalten im Beilis-Prozess zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen habe und daß sein Prozess dieser Tage stattfinde.

Polen.

Antijüdische Exzesse in Lodz.

Der in *Lodz* durch den Arbeiterrat proklamierte Streik wurde von dunklen Elementen zum Organisieren von Ueberfällen auf Juden benützt. Es kam zu verschiedenen Zusammenstössen mit der Polizei. Obwohl die Leitung der Polizei im allgemeinen nichts zu wünschen übrig liess, war das Verhalten einzelner Polizisten vollkommen passiv. Es gab Tote und Verwundete. Abg. *Rosenblatt* intervenierte beim Regierungschef und den verschiedenen Ministerien. Die Abgeordneten *Grünbaum* und *Farbstein* begaben sich unverzüglich nach Lodz.

— In *Lodz* wurde einigen jüd. Geschäftsleuten ein Prozess angehängt, weil sie am 20. Siwan, dem jüdischen Trauer- und Protesttag, ihre Geschäfte trotz Aufforderung nicht öffnen wollten. Bei der Verhandlung erklärten die Polizisten, der Polizei-Kommissar habe ihnen s. Z. die mündliche Weisung erteilt, jede Agitation für den politischen jüdischen Feiertag (!) nicht zuzulassen und die Agitatoren zu verhaften.

— Das Warschauer Rabbinat hat den 21. Sept. als allgemeinen Fast- und Trauertag anlässlich der Juden-Pogrome in der Ukraine bestimmt. Die Rabbiner der andern poln. Städte wurden vom Warschauer Rabbinat aufgefordert, auch in ihren Gemeinden auf diesen Termin einen Fasttag festzusetzen.

— Am 15. Sept. ist Advokat *Goldstein* von Warschau nach Paris abgereist. Vor seiner Abreise erklärte er, daß er die Reise-Erlaubnis Morgenthau verdanke, der alles aufbot, damit Goldstein zusammen mit ihm Warschau verlassen könne. In Paris gedenkt Goldstein 4 Wochen zu bleiben, um sich dann mit Morgenthau und Dr. Bögen via London nach Amerika zu begeben. Seine Hauptaufgabe in Paris werde sein, ehestens die Entsendung einer Untersuchungskommission nach der Ukraine durchzusetzen. Er werde auch nicht ruhen, bis das Vorgehen Margolins und der anderen Anhänger Petljuras demaskiert sei. Er beabsichtige auch, in Paris oder London eine jüd. Legion zum Schutze der Juden in der Ukraine zu organisieren. Zum Schluß erwähnte Goldstein noch die Tätigkeit der Morgenthau-Kommission und bemerkte, daß Morgenthau ihm gegenüber kürzlich geäußert habe, einige Fehler begangen zu haben, die er sehr bedaure. Besonders lag ihm auf dem Gewissen der Aufruf an die Minsker Juden, zu dem er sich von General Jadwin, der sich wiederum von General Szeptycki hatte beeinflussen lassen, überreden ließ. Morgenthau wies auch darauf hin, daß in diesem Aufruf nach der Redigierung, ohne sein Wissen, noch gewisse Aenderungen vorgenommen worden seien, insbesondere die Stelle, daß die Juden die einmarschierenden poln. Truppen nicht beschiessen sollen. Morgenthau habe sich auch über die Angriffe der jüd. Presse gegen seine Person beklagt.

— Ein Vertreter des Kiewer zentralen jüd. Hilfs-Komitees und des russ. Roten Kreuzes, Abraham *Wertheim*, ist dieser Tage nach Warschau gekommen und brachte umfangreiches Material und Dokumente über die Juden-Pogrome in der Ukraine mit.

Das Jüdisch-Amerikanische Lebensmittel-Komitee in Warschau erhielt die Nachricht, dass in Danzig demnächst ein Schiff mit Lebensmitteln aus Amerika eintreffen werde, darunter eine Million Pfund koscheres Fleisch, 150,000 Pfund Seife und andere für die jüd. Bevölkerung Polens bestimmte Produkte.

Erlaubnis zum Barttragen.

Der Rabbiner von Smolewitschi bei Minsk hat eine vom Stadtkommandanten unterschriebene Bescheinigung erhalten, folgenden Inhalts: Abramski ist Rabbiner in Smolewitschi und wird ihm in seiner Eigenschaft als Geistlicher gestattet, einen Bart zu tragen. Gültig bis zum 21. ds.

— Nach Requirierung des jüd. Kaminski-Theaters, wurde jetzt auch der jüd. Klub für Ethik und Wissenschaft verständigt, dass sein Klublokal baldigst für Re-

gierungszwecke requiriert werden dürfte. Wie es heisst soll auch eine Reihe weiterer jüd. Institutionen requiriert werden, sodass die Gefahr besteht, dass das ganze jüd. gesellschaftliche Leben lahmgelegt wird.

Warschau. Das poln. Passamt setzt in letzter Zeit häufig auf die den jüd. Reisenden ausgefolgten Pässe den Vermerk „ohne Recht zur Rückkehr." Hauptsächlich betrifft dies Personen, die aus den Gegenden stammen, die mit dem poln. Staate noch nicht rechtlich verbunden sind. Was im alten Russland auf Grund eines zaristischen Dekretes zu geschehen pflegte, begehen jetzt die niederen Beamten in Polen aus eigener Machtbefugnis gegen die Juden. Sie fürchten keine Desavouierung seitens der oberen Behörden und glauben, durch ein derartiges Vorgehen ihrem Vaterlande einen Dienst zu erweisen.

— Die bekannten Warschauer Literaten D. *Frischmann*, F. *Lachower* und Dr. *Kahan* waren von Stybel aufgefordert worden, nach Kopenhagen zu kommen und ihn event. nach Amerika zu begleiten. Nach Beschaffung der notwendigen Papiere traten sie die Reise an, wurden jedoch von den Grenzbeamten, die das erteilte Visum strichen, zurückgewiesen. In Warschau erklärte man ihnen, daß es sich um ein Mißverständnis der Grenzbehörde handle, stellte ihnen ein neues Visum aus und gab ihnen die Versicherung, daß sie jetzt ungehindert reisen könnten. Aber auch dieses Mal wurde an der Grenze ihre Durchreise verhindert. Sie erhielten nunmehr in Warschau zum dritten Mal das Visum und wollen dieser Tage wiederum versuchen, ins Ausland zu gelangen. Der Erfolg bleibt abzuwarten.

— Der bekannte hebräische Verleger *Stybel*, der jetzt in Kopenhagen weilt, benachrichtigte die Warschauer Gesellschaft „Esra", daß er in Amerika 140 Nähmaschinen erworben habe, die er dieser Gesellschaft zwecks Verteilung unter die jüd. Schneider zur Verfügung stellt. Die Maschinen sollen demnächst in Warschau eintreffen.

Bialystok. Die Post- und Telegraphen-Direktion berichtet, dass Briefe in jiddisch innerhalb der Grenzen Polens zulässig sind, jedoch der militärischen Zensur unterliegen.

— Der poln. Schul-Inspektor von Bialystok erklärte einem jüd. Vertreter, dass es vom Willen der Bevölkerung abhänge, ob die Regierungsschulen rein polnisch oder gemeinsam für alle Nationalitäten, oder ob es spezielle Schulen für die Juden geben wird. Es werde auf die Bevölkerung kein Zwang ausgeübt werden. Auch in den Schulen der jüd. Gemeinde wird die Geschäftsführung eine polnische sein müssen, um die Kontrolle der Inspektoren zu ermöglichen. Schulen mit hebräischer Unterrichtssprache werden zugelassen werden, während das Jiddische als Unterrichtssprache auch weiterhin nicht gestattet sein wird.

— Eine Delegation der Minsker jüd. Gemeinde brachte beim General-Kommissar der Ostgebiete, *Osmolowski*, verschiedene Klagen der Minsker jüd. Bevölkerung vor. So wurden die unschuldig Verhafteten und „irrtümlicherweise" Internierten bisher nicht freigelassen. Der Kommissar notierte alle vorgebrachten Einzelheiten und versprach eine gründliche Untersuchung. Er interessierte sich besonders für die Klagen der ausschließlichen Heranziehung der Juden zu Zwangsarbeiten. Osmolowski sagte, er beabsichtige nächster Tage in Minsk an Ort und Stelle die Situation zu studieren und werde sich bemühen, alle Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Er erließ auch sofort den Befehl, daß alle öffentlichen Ankündigungen auch in *jiddischer Sprache* erlassen werden sollen, was bisher nicht der Fall war, da die Lokal-Behörden nur die polnische, litauische, weißrussische und statt der jiddischen die ruthenische (ukrainische) Sprache benutzen.

— Die polnischen Behörden haben dem hebr. Gymnasium die Erlaubnis erteilt, den Unterricht aufzunehmen. Während alle Gegenstände hebräisch vorgetragen werden, ist der Unterricht in der polnischen Sprache obligatorisch. Der Lehrer des Polnischen muß polnischer Nationalität sein.

Galizien.

Flüchtlingsschicksal.

Mähr.-Ostrau, 11. Sept. Die „Ostrauer Zeitung" meldet, dass der Zug mit den galizischen Flüchtlingen, der Freitag von Mähr.-Ostrau nach Galizien abgelassen wurde, in Oswiecim angehalten worden ist. Die Flüchtlinge sollen dort von den polnischen Behörden interniert worden sein.

Die „Wiener Morgenzeitung" und die „Jüd. Morgenpost" in Galizien verboten.

Die poln. Zeitungen berichten, daß das Statthalterei-Präsidium mittelst Verfügung vom 10. Sept. 1919 die Verbreitung der „Wiener Morgenzeitung" und der „Jüdischen Morgenpost" in Galizien verboten habe. Auch das Post-Debit wurde den erwähnten Zeitungen entzogen.

— Eine Deputation der Zionisten und Misrachisten Ost-Galiziens, bestehend aus Dr. Zipper, Dr. Rosmarin, Redakteur Frostig, Dr. A. Halpern und Rabb. Schmelkes, hat in Warschau in einigen Ministerien wegen der Drangsalierungen der Juden in Ostgalizien interveniert. Die Delegation fand eine günstige Aufnahme seitens der verschiedenen Vertreter der Zentral-Regierung und erhielt die Versicherung, dass alle berührten Fragen im Geiste der Gerechtigkeit behandelt werden würden.

Ukraine.

Pogrome.

Das Organ der polnischen Bolschewiken in Russland, „Glos Komunisty", berichtet über folgende Pogrome der Petljura-Truppen.

Gelegentlich ihrer Operationen in der Umgebung von Zmerinka veranstalteten die Petljura-Banden eine Reihe grausamer Pogrome. In Zmerinka, das sie total vernichteten, töteten sie 11 Juden, in Bradilow 23, in Szpikow 60, in Brazlaw zirka 40, in Peczar zirka 200 und in Bar zirka 30. Durch besondere Grausamkeit zeichnete sich der Pogrom in Peczar aus, wo weder Frauen noch Kinder und Greise geschont wurden.

In einer zweiten Notiz derselben Zeitung heisst es: Die Zentralhilfssektion für Pogromopfer erhielt folgende statistische Angaben über die Zahl der Pogromopfer in dem Gouvernement Podolien. Es wurden getötet in Brazlaw 388 Personen, Lutin 212, Tulzcyn 519, in Peczar die gesamte jüdische Bevölkerung abgeschlachtet, Janow 300, Kaczanowka 3, Stryzowka 8, Traszczanice 500, Obodowka 150, Brzerzada 800, Wapniarka 60,

Bor 20, Jaltuszkow 20, Zmerinka 35, Kitajgorod 85, Kamienic 100, Pikow 68 Personen. In Winnica weilen gegenwärtig zirka 4000 Pogromflüchtlinge.

— Die von der ukrainischen Regierung eingeladenen Herren haben die Beteiligung an einer Pogrom-Untersuchungskommission abgelehnt u. zw. Achad Haam mit Berufung auf seinen Gesundheits-Zustand, während Ussischkin und Goldstein darauf verwiesen, dass das vertretende Organ des jüd. Volkes das Komitee der Jüdischen Delegationen in Paris sei und nur die von diesem Komitee bestimmten Personen als Vertreter des jüd. Volkes anzusehen seien.

— In *Kiew* fand unlängst eine Konferenz der ukrainischen „Zeire Zion" statt. Die Bolschewisten verhafteten alle Teilnehmer dieser Konferenz und befreiten sie erst nach einer längeren Zeit unter der Bedingung, dass die Organisation sich weiterhin nicht mehr mit der Gegenwartsarbeit beschäftigen werde.

Tschecho-slovakischer Staat.

Der jüdische Religionsunterricht in der Slovakei.

Nach einem Erlaß des Schulministeriums vom 28. Aug. darf der Religionsunterricht für jüd. Schüler in der Slovakei nur noch in diesem Schuljahre in deutscher Sprache erfolgen. Im nächsten Jahre müssen sich die jüd. Religionslehrer vor einer Prüfungskommission über die Erlernung der slovakischen Sprache ausweisen.

— Die zion. Konferenz der Slovakei, die am 19. Aug. in *Pressburg* stattfand, beschloß die Errichtung eines zion. Zentralbüros für die Slovakei in Preßburg. Die „Jüdische Rundschau" soll offizielles Organ der Partei werden.

— Im Komitatssaal zu *Bratislava* fanden sich aus verschiedenen Gegenden der Slovakei an 300 Vertreter der bei den Novemberausschreitungen Geschädigten zu einer Beratung ein, um über die geeigneten Schritte schlüssig zu werden, eine Schadloshaltung seitens der Regierung zu erwirken. Der anwesende Regierungsvertreter Dr. *Zathurezky* versicherte, daß die Regierung das größte Wohlwollen dieser Sache entgegenbringe.

Ungarn.

Ein neuer Pogrom in Transdanubien.

Aus *Steinamanger* wird der Korr. „Express" telegraphiert: Nach einer in Sümeg stattgefundenen Volksversammlung des dortigen Kreises kam es in dem benachbarten Städtchen *Tapolcza* zu Ausschreitungen gegen die Juden, an welchen sich auch mehrere Leute der Assistenztruppe der dortigen Heimwehr beteiligten. Den Ausschreitungen fielen zwei Juden zum Opfer. Eine vom Militärkommando rasch herbeigeholte Halbkompagnie regulärer Truppen stellte sofort die Ordnung her. Die Schuldtragenden wurden verhaftet und dem Garnisonsgericht in Steinamanger eingeliefert.

Pogrome und Ausschreitungen.

Der amtlich festgestellte Schaden beträgt 40 Millionen Kronen. In Kiszcell wurden sämtliche Juden ermordet — und auch zwei Lehrer, die bei Juden wohnten und für Juden gehalten wurden. Dann wurde geplündert. Die Plünderungen waren organisiert. In allen benachbarten Orten wurden am Abend Fuhren bereitgehalten und sämtliche Plünderer waren von den dortigen militärischen Kommandanten mit Handgranaten versehen. Die dorthin zur Autrechterhaltung der Ordnung kommandierten Soldaten nahmen an den Ausschreitungen teil. Graf Sigray hat von Amts wegen eine Untersuchung eingeleitet. Bis jetzt wurden 92 Personen verhaftet, ferner die Kommandanten des dortigen Detachements, Oberleutnant Vajda und Oberleutnant Stefenek. Oberleutnant Vajda gab seiner Abteilung den Befehl, das Elektrizitätswerk in Tapolcza zu besetzen, und zwang den Werkführer, den Betrieb die ganze Nacht aufrechtzuerhalten. — Unter den Ermordeten befindet sich auch ein Wiener, der zum Besuche seines Schwagers, des Lehrers Gartenzaun, am selben Tage in Kiszell eingetroffen war. Die dortige jüdische Bevölkerung wurde auf das grausamste massakriert, 14 jährige Mädchen wurden vergewaltigt. Zwei Mädchen stürzten sich, um der Schändung zu entgehen, in den Brunnen.

Kontrolle der Budapester Polizei.

Der amerikanische Generalstabsoberst Nathan *Horowitz* äusserte sich gegenüber einem Mitarbeiter eines ungarischen Blattes, dass eine internationale Kommission in Budapest errichtet werden wird, dle die Tätigkeit der Polizei kontrollieren soll. In dieser Kommission wird Horowitz die Vereinigten Staaten vertreten. Er erklärte ferner, er sei selbst Jude. Das bedeute aber nicht, dass er sich mit jedem Juden solidarisch erkläre. Er werde jedoch nicht dulden, dass unschuldige Juden von wem immer verfolgt werden. Solche Missbräuche werde er unnachsichtlich unterdrücken. Dagegen werde er, wenn ein Jude schuldig sei, eine umso strengere Strafe fordern.

Englische Truppen gegen die magyarischen Pogromisten.

Budapest, 24. Sept. Den Umtrieben der Weissen in den von den Rumänen nicht besetzten Gebieten Transdanubiens werden endlich Schranken gesetzt. In mehreren Orten sind englische Militärabteilungen eingetroffen, die die von den weissen Truppen ausgeschriebenen Assentierungen einstellen und den Mord- und Raubtaten der Weissen entgegentreten.

Friedrichs „christliches" Ungarn.

In der Berliner Anthropologischen Gesellschaft behandelte Dr. *A. Hermann* auf Grund historischer Studien die Herkunft der Magyaren. Ergänzt wurde der Vortrag durch Mitteilungen von Prof. *Luschan* über die anthropologischen Verhältnisse, der auf Grund seiner Untersuchungen feststellte, dass reinrassige Magyaren in Ungarn nur wenige vorhanden sind und dass viel nordeuropäischer, slavischer, *jüdischer* und asiatischer Einschlag bei den jetzigen Bewohnern Ungarns vorhanden ist.

Deutsch-Oesterreich.

Die Judenhetze in Wien.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Wien unter dem 25. Sept. Für heute abend hatte der Deutsche Volksrat für Wien und Nieder-Oesterreich eine Versammlung vor dem Rathause einberufen, um die Ausweisung aller seit August 1914 eingewanderten Ostjuden zu verlangen. In den letzten Tagen waren farbige Flugblätter in Wien verteilt worden, die zum Besuch der Versammlung aufforderten. In einem der Zettel wurde auf die Bevölkerung eingewirkt, das ungarische Beispiel nachzuahmen und das Vaterland von den sozia-

listischen und kommunistischen Schwindlern, die sich Volksvertreter nennen, zu befreien. Dieser Aufruf schliesst mit den Worten: „Die Gewehre in die Hand, nieder mit der sozialistischen Sauwirtschaft!“ Unterschrieben war der Aufruf: „Die erwachenden Oesterreicher.“ Im Anschluss an dieses Flugblatt, sowie mit Rücksicht auf die gegenwärtigen jüd. Feiertage waren daher in Wien Gerüchte verbreitet, dass ein Judenpogrom beabsichtigt sei. Obwohl die Behörden diese Gerüchte für ganz unrichtig erklärten, waren die Brücken, die über den Donaukanal in die Leopoldstadt und in die Brigittenau, die hauptsächlich von Juden bewohnt ist, von starkem Polizeiaufgebot bewacht. Die Versammlung selbst war von mehreren Tausend Personen besucht. Die Redner führten eine sehr scharfe Sprache gegen alle Fremden und Juden und richteten heftige Angriffe gegen die Regierung. Nach der Versammlung formierten sich die Demonstranten zu einem Zuge, in dem deutschnationalistische Studenten als Ordner fungierten. Sie wollten nach der Votivkirche ziehen, die Polizei drängte aber die Demonstranten ab. Darauf zogen sie unter Pfui- und Schmährufen auf die Juden weiter und zerstreuten sich schliesslich. Eine Person wurde verhaftet.

— Ein Trupp von etwa 500 Mann gelangte in den Bezirk Brigittenau, wo nach einem Gerücht ein Eisenbahner von Juden misshandelt worden sein sollte. Dort stellten sich ihnen etwa vierhundert Zionisten entgegen. Doch bevor es zu einem ernsteren Konflikt kam, entfernten sich beide Gegner auf gütliches Zureden der Polizei. Im ganzen wurden zwei Verhaftungen vorgenommen. Ein Wachorgan wurde bei dem Handgemenge vor der Redaktion des „Abend“ leicht verletzt.

Am Donnerstag erschien der Vertreter der Vereinigten Staaten Mr. Halsten beim Staatskanzler Renner uud richtete an ihn die Anfrage, ob die Gerüchte, daß Judenverfolgungen bevorstünden, begründet seien. Halsten erklärte, er würde es bedauern, wenn solche Ereignisse einträten, weil sie die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten gegen Deutschösterreich beeinflussen müßten. Staatskanzler Renner gab Halsten alle beruhigenden Aufklärungen und versicherte, es seien alle Vorkehrungen getroffen, um Gewalttätigkeiten hintanzuhalten.

Wien. Auf der Sitzung des Gemeinderates vom 19. Sept. stellten die jüdisch-nationalen Gemeinderäte eine Anfrage wegen des Ausweis-Erlasses der Landesregierung. Es handle sich hier um ein Stück russischer Willkür. Der Erlaß, der nach dem Zugeständnis des Landeshauptmann Sever, völlig undurchführbar ist, sei nur geeignet, die Wiener Bevölkerung in Aufruhr zu versetzen und besonders gegen die jüd. Flüchtlinge aufzureizen. So nehmen sich in Wien seit einer Woche zahlreiche verhetzte Personen das Recht heraus, gegen Juden — seien sie Flüchtlinge oder nicht — gewalttätig vorzugehen. Den jüd. Gemeinderäten kommen täglich mehrere Mitteilungen zu, daß Juden auf den belebtesten Strassen überfallen, verspottet, angespieen, an Ohren und Bärten gerissen, mit Steinen beworfen oder in anderer Weise mißhandelt werden. Der Bürgermeister wurde angefragt, ob er bereit sei, öffentlich auf die Wiener Bevölkerung in beruhigendem Sinne einzuwirken, damit alle Unzukömmlichkeiten gegen Fremde, insbesondere gegen die jüd. Kriegsopfer aus Galizien und der Bukowina, vermieden werden.

Die Fremdenausweisung derzeit undurchführbar.

Zur Frage der Entfernung der Fremden aus Wien wird *amtlich* verlautbart: Die in der Kundmachung der niederösterreichischen Landesregierung vom 9. Sept. 1919 für die Abreise festgesetzte Frist ist am 20. Sept. abgelaufen, und es ist auch bereits eine grosse Anzahl von Personen im Sinne der Aufforderung aus Deutschösterreich abgereist. Mit Rücksicht auf die im Eisenbahnverkehr bestehenden Schwierigkeiten, ferner mit Rücksicht auf die Vermögenssperre und ähnliche Hindernissen ist es jedoch der Mehrzahl der von der Verordnung Betroffenen bisher nicht möglich gewesen, der Verordnung zu entsprechen. Auch sind wegen der verschiedenen notwendig werdenden Abtransporte noch Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen im Zuge. In dem Maße, als der Abtransport der noch in Betracht kommenden Fremden technisch möglich sein wird, wird die restlose Durchführung der Verordnung fortgesetzt. Bis dahin muß die einheimische Bevölkerung die bisher an den Tag gelegte gastfreundliche Haltung weiter beobachten und auch bedenken, daß Komplikationen, die sich aus der Frage der Fremdenbehandlung ergeben könnten, die Schwierigkeiten, von denen Deutschösterreich jetzt betroffen ist, nur vermehren würden. Die Regierung ist sich ihrer Verantwortung ebenso wie des Weges, den sie in der kritischen Frage zu gehen hat, vollkommen bewußt und wird sich in ihrer Aktion auch durch Versammlungen und Straßenkundgebungen nicht beeinflussen lassen.

— „Manchester Guardian“ vom 17. d. veröffentlicht ein Telegramm des Wiener zion. Zentralbureaus, das sich mit der bekannten Verfügung der österreichischen Regierung betr. die Entfernung nichtdeutschösterreichischer Bewohner Wiens beschäftigt. Im Telegramm des zion. Bureaus wird gesagt, daß 130.000 hauptsächlich jüd. Kriegsflüchtlinge von dieser Verordnung betroffen werden. Das zion. Zentralbureau erklärt, daß diese Verordnung ungesetzlich und zufolge der Kohlenknappheit und der Verkehrshindernisse auf den Eisenbahnen undurchführbar sei. Ueberdies drückt der Bericht im „Manchester Guardian“ die Befürchtung aus, daß die Wiener Bevölkerung diese angedrohte Maßnahme der Regierung als Vorwand zu Ausschreitungen gegen die jüd. Flüchtlinge benützen könnte.

Repressalien.

Zur Ausweisung der Fremden aus Deutsch-Österreich, welches Vorgehen auch jene Personen betrifft, die jetzt rumänische Untertanen geworden sind, fordert das Blatt „Romania“ die rumänische Regierung auf, die in Rumänien ansässigen deutschösterreichischen Staatsangehörigen ebenfalls zum Verlassen des Landes zu verhalten.

Aerzte nach Palästina.

Durch Vermittlung der Aerztegruppe des Palästinaamtes sind drei Aerztestellen in Palästina zu besetzen u. zw. für einen Dermatologen, Oto-Rhino-Laryngologen und Neurologen-Psychiater. Bewerbungsfähig sind alle jüd. Aerzte ohne Unterschied ihrer Staatszugehörigkeit.

Palästinareisende.

Dieser Tage ist eine grössere Anzahl ausländischer Passagiere von Wien nach Triest abgereist,

von wo sie am 21. d. M. mit dem Dampfer „Gastein" nach Jaffa abgereist sind. Die technische Durchführung ihrer Reise erfolgte durch die Jüdische Palästina Reise und Transport Ges. m. b. H., Praterstraße 9.

Wien. Hier fand eine von ungefähr 3000 Personen besuchte Versammlung zum Proteste gegen die ungarischen Pogrome statt, unter Vorsitz von Gemeinderat Plaschkes. Es sprachen Abg. *Stricker*, der ungarische Redakteur Hermann *Pordes*, der die Greueltaten in ihren Einzelheiten schilderte und Gemeinderat *Plaschkes*.

Wien. Vor einem vieltausendköpfigen Publikum erstattete Dr. Leon *Reich* einen ausführlichen Bericht über die jüd. Politik bei der Friedenskonferenz.

Italien.

Rom, 17. Sept. Der päpstliche Legat Kardinal Giustini ist an Bord des Kreuzers „Quarto" nach Palästina abgereist.

— V. d. ital. Grenze. 23. Sept. Kardinal Giustino ist in Jaffa gelandet. Die Offiziere des königlichen Schiffes „Quarto", auf dem der Kardinal die Reise zurückgelegt hatte, begleiteten ihn ans Land. Dem Kardinal wurden militarische Ehren erwiesen.

Frankreich.

Ussischkin über seine Palästinamission.

Der Pariser E. B. Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: *Ussischkin* hat soeben Paris verlassen um sich nach Palästina zu begeben. Einigen Freunden gegenüber faßte er den Zweck seiner Mission folgendermassen zusammen: Gartenstädte zu bauen, die Entwicklung der Kolonisation wieder aufzunehmen, die zion. Tätigkeit nach Jerusalem zu übertragen und zu zentralisieren, die guten Beziehungen zwischen Juden und Arabern wieder herzustellen, die Schulen zu entwickeln ohne irgend welche Parteilichkeit.

Ussischkin erklärte Vollmacht von der zion. Organisation und Versprechungen von den engl. Behörden erhalten zu haben. *Brandeis* hat seine volle Unterstützung dem Werk in Palästina gemäß Ussischkins Programm, will sagen „Unser Programm" von 1904, zugesagt.

Vor Ussischkins Abreise hat die zion. Förderation in Frankreich ihm zu Ehren ein intimes Abschiedsdiner gegeben, an dem die in Paris anwesenden Delegierten teilnahmen.

Die Französische Liga für die Menschen- und Bürgerechte und die Juden.

Henry Geernut, Generalsekretär der „Französischen Liga für die Menschen- und Bürgerrechte", ist in Begriff nach Polen zum Zwecke einer Untersuchung abzureisen. Bei dieser Gelegenheit veröffentlicht das „Bulletin des Droite de l'Homme" eine Rede *E. F. Braunsteins*, Präsident der „Palästinensischen Liga der Menschen und Bürgerrechte", in der derselbe auf die Verdienste aufmerksam macht, die sich die Liga um die Juden erworben hat.

Schon vor dem Kriege hat die Liga energisch gegen die Misshandlung der Juden im russ. Zarenreiche und in Rumänien protestiert und während des Krieges fanden die unendlichen Leiden des Volkes ein warmes Echo und stete Hilfsbereitschaft bei den Mitgliedern der Liga. Braunstein nennt die Mitglieder der Liga Zionisten, denn ihre Forderungen gingen weiter, als die Deklarationen von Balfour und Pichon indem sie fordern, daß Palästina als jüdischer Staat konstituiert werde. Zum Schluß erklärt Braunstein, daß die Erinnerung an die Sympathie, die die Juden stets bei der Liga gefunden, dieselben verplichte, ihrerseits immer die Beschützer aller Schwachen und Bedrückten zu sein, sobald sie erst einmal Palästina besitzen werden.

— Unter zahlreicher Beteiligung elsass-lothringischer und französischer Behörden wurde in *Colmar* Oberrabbiner Dr. *Weil* am 13. Sept. in sein Amt eingeführt.

England.

Beteiligung Herbert Samuels an einer Sitzung des zion. Aktions-Komitees.

Auf der Sitzung des Engern Aktionkomitees vom 17. Sept. war auch *Herbert Samuel* anwesend. Es wurden dort sehr wichtige, mit Palästina in Verbindung stehende Fragen behandelt. Auch die Delegation der palästinensischen Arbeiter, die unlängst in London eingetroffen ist, nahm an dieser Sitzung teil. Von offiziell zionistischer Seite wird behauptet, in der Lage sei eine günstige Wendung eingetreten und es sei gute Aussicht vorhanden, daß die engl. Administration in Bälde ihre bisherigen Beziehungen zu den Juden einer Aenderung unterziehen werde.

Für den 22. Sept. wurde auf telegraphischem Wege eine Konferenz der zion. Vertreter Englands einberufen, wobei Dr. *Weizmann* vor seiner Abreise nach Palästina einen Bericht über die Lage erstattete. Die Verhandlungen waren streng vertraulich. Es kann nur soviel gesagt werden, daß Dr. Weizmann die Erfolge der zion. Leitung erwähnte, jedoch auch auf die noch vorhandenen Schwierigkeiten hinwies, welche seiner Meinung nach überwunden werden können. Benötigt werde vor allem enthusiastische Hingabe und entschlossene Arbeit aller Zionisten und des ganzen jüd. Volkes. Weizmann zitierte einen Ausspruch eines berühmten Generals „wenn ihr von den Reden auf das Gebiet der Taten übergehen werdet, wird jede Opposition verschwinden und eure Arbeit mit Erfolg gekrönt werden." — Weizmann unterstrich auch stark die Notwendigkeit, mit den Arabern Hand in Hand zu arbeiten. Im Laufe der Debatte wurde eine Reihe von Fragen gestellt, die Dr. Weizmann beantwortete. Weizmanns Rede nachte grossen Eindruck und fand stürmischen Applaus. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher den zion. Führern Vertrauen und Einverständnis mit ihrer Politik ausgesprochen wird und worin die Konferenz sich verpflichtet, unermüdlich für den „Geulah Fond" zu arbeiten. Am 28. begibt sich Weizmann nach Paris und von dort direkt nach Marseille, von wo er am 1. Okt. in Begleitung seiner Frau für längere Zeit nach Palästina reist. Er will dort vor allem die Arbeiten der neuen zion. Kommission in die Wege leiten und auf die Beziehungen zwischen den Juden und der engl. Administrationsbehörde Einfluss nehmen. (Jewish Times)

London. Im englischen Ministerrat wird noch immer die Frage wegen Syrien und Palästina beraten. So fand auch am 23. Sept. in der Wohnung *Lloyd George's* eine Kabinett-Sitzung statt, die sich mit dieser Frage beschäftigte.

Emir Feysul, der unlängst in London eintraf, besuchte in Begleitung seiner Suite und seines Privat-Sekretärs Lloyd George und pflog sowohl mit ihm wie auch mit anderen Ministern Beratungen in der syrischen Frage.

— Die „Maccabean Land Company, Ltd.“, hat vom Schatzamt eine besondere Erlaubnis für die Ausfuhr von Kapital ins Ausland erhalten. Dieser Schritt mag als Anzeichen der freundlichen Haltung der Regierung gegenüber gut organisierten Unternehmungen für Palästina angesehen werden.

(„Jewish Chronicle“.)

— Auf Vorschlag des Zentralbüros des Misrachi hat die zionistische Leitung in London, Herrn Rabbiner Dr. Schönfield, den Vorsitzenden des englischen Misrachi, eingeladen, an des Sitzungen des E. A. C. als Vertreter des Misrachi teilzunehmen. (Misrachi Korr. B.)

— Victor *Jacobson*, Mitglied des E. A. C., feierte am 24. Sept. seinen 50. Geburtstag.

— Am 22. fand in Lodon unter Vorsitz des Chief-rabi *Dr. Hertz* eine Massenversammlung statt, bei der der Warschauer Rabb. Abg. *Perlmutter* die jüd. Leiden in Polen eingehend schilderte. Der erschütternde Vortrag löste bei Vielen Tränen aus. Der Aufforderung, reichliche Geldmittel zu sammeln, wurde an Ort und Stelle entsprochen. Ausser Rabb. Hertz und Perlmutter sprachen noch Rabb. Hillmann, Dr. Jung und Feldmann.

Griechenland.

Kolonie griechischer Juden in Palästina.

Der griechische Deputierte *Goffinas* hat ein Projekt zur Gründung einer Kolonie griechischer Juden in Palästina ausgearbeitet. Um seine Idee zu verbreiten und um das nötige Geld aufzubringen, bereist Goffinas das alte und neue Griechenland. Die ersten Erfolge seiner Reise sollen vielversprechend sein.

— Die Kolonie Rischon le Zion hat den jüd. Fischern in Saloniki Land für die Anlage eines Fischerdorfes bei Jabne zur Verfügung gestellt.

Amerika.

Vorbereitungen zu einem jüd. Emigrationskongress.

Im Zusammenhange mit der vom Kongress in Washington gefassten Bill betr. die Einschränkung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten, nahm die jüd. politische Oeffentlichkeit von neuem das alte Projekt von der Einberufung eines jüd. Emigrationskongresses auf. Der Kongress soll, wie es verlangt wird, in Paris unter Beteiligung der Vertreter der Juden aller Länder stattfinden. Wie mitgeteilt wird, sollen in den Reisebüros in Amerika bereits 200,000 Juden notiert sein, die Verwandte in Osteuropa haben und bei der ersten Möglichkeit sie nach Amerika zu bringen entschlossen sind. (J. P. St.)

— Ende August fand in Chicago die sechste Jahreskonferenz des jüdisch-nationalen Arbeiterverbandes statt. Die Beratungen dauerten mehrere Tage, Eine Resolution mit der Forderung auf baldige Einberufung eines jüd. Kongresses wurde einstimmig angenommen. Es wurde auch eine Protest-Resolution gegen die Beschränkung der Einwanderung nach Amerika gefasst. Zum diesjährigen Vorsitzenden wurde *David Pinski*, zum Vicepräsidenten Dr. *Apfelbaum* gewählt.

— Das „People Relief Committee“ macht Vorbereitungen zur Einberufung einer Konferenz aller Zentralen und Körperschaften, die ihm bei der Unterstützungs-Arbeit behülflich sind. Diese Konferenz soll vom 8. bis 11. November in Philadelphia stattfinden.

Die amerikanische Orient Expedition.

Ruben Fink meldet der Newyorker „The Day and the Wahrheit“ aus Washington, dass der Rapport von *Crane*, wonach Palästina mit Syrien vereinigt werden soll, und der für den Zionismus sich ungünstig lautet, im Staats-Departement angelangt ist. Führende Beamte und Experten erklären, daß dieser Rapport sie nicht überrascht habe, da Crane seit jeher als Gegner des Zionismus bekannt sei. Sie legen diesem Rapport keine Wichtigkeit bei, weil Amerika bei der Lösung der türkischen Frage nur eine beratende Stellung einnimmt und weil andererseits Wilson sich positiv für den Zionismus erklärt habe. Crane's Rapport wird umso weniger Einfluss haben als sein Vorurteil zu gut bekannt ist. Ein Beamter des Staats-Departements habe erklärt, die amerikanischen Juden mögen ihre Zeit nicht mit Sorgen und Nachdenken über den Rapport von Crane verlieren, sondern sich lieber vorbereiten, die Balfour'sche Deklaration praktisch durchzuführen. England und nicht Amerika wird das Mandat über Palästina haben, wo allmählich der jüdische Staat zur Tatsache werden wird.

Kolonie „Balfouria“.

Herr *Rosenblatt*, Präsident der „Achusath Zion“, hat der amerikanischen zion. Organisation telegraphisch berichtet: Eine von den Kolonien, die die Achusath-Zion gründen wird, soll den Namen „Balfouria“ tragen, als Zeichen des Dankes für Minister Balfour, durch den die engl. Regierung die Palästina-Deklaration veröffentlicht hat.

— Ende August sind 50 jüd. Legionäre nach New York zurückgekehrt. Die Hälfte von ihnen war an der Palästina-Front, während die anderen direkt aus England kommen, ohne auf dem Schlachtfeld gewesen zu sein

Die zion. Bewegung Ursache grosser Beunruhigung in der Konfektionsindustrie.

Unter dieser Ueberschrift schreiben die in Paris erscheinenden „Les Echos de l'Exportation“ vom 26. Sept.: Der Erfolg der zion. Bewegung in den Vereinigten Staaten verursacht große Beunruhigung in den Konfektions-Industrien, deren Arbeiter größtenteils eingewanderte Juden sind, die der Bewegung mit Enthusiasmus angehören. Die „Zionist Society“ beabsichtigt eine Muster-Kolonie von 100.000 Juden in Palästina anzusiedlen, die zum großen Teil aus den Vereinigten Staaten kommen würden. Man rechnet, daß ca. 8000 Arbeiter des Schneider-Gewerbes auswandern werden. Nachdem die Arbeiterzahl in diesen Industrien seit dem Kriege infolge des Einwanderungs-Verbotes schon ungenügend ist und viele Arbeiter in die Fabriken der Kriegsindustrie abgewandert sind, so muß man, bei der äußerst wahrscheinlichen Realisierung dieser Eventualität, sich auf eine scharfe Krise gefaßt machen. Um dieser Situation möglichst abzuhelfen, werden gegenwärtig große Anstrengungen gemacht, um die ausländischen Arbeiter zu amerikanisieren und ihre Lebenslage zu verbessern. Es werden

ebenfalls professionelle Schulen gegründet, um wirkliche Amerikaner in den Handwerken auszubilden, die bisher von Juden, poln. oder rumänischen Ursprungs, ebenso wie von Griechen, Italienern und Südslaven ausgeübt wurden, die jetzt in Massen nach ihrem Heimatlande zurückströmen. Alle diese Mittel jedoch werden keine nennenswerten Resultate vor einer gewissen Zeit bringen und die Krise ist jetzt eminent. Das deutlichste Resultat wird zweifelsohne eine Verminderung der Produktion und ein neues Steigen der Löhne sein.

— Dr. *Margosches*, der Präsident des Galizianer-Verbandes in New York, hat Dr. *Leon Reich*, den Präsidenten des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien für eine Agitations-Tournee nach Amerika eingeladen. Dr. Reich, der derzeit in Wien weilt, wartet nur die Einreisebewilligung der amerikanischen Behörden ab, um seine Reise anzutreten.

Palästina.

Reorganisation des „Waad Hazirim".

Laut „Judiszes Folk" wurde der „Waad Hazirim" in Palästina auf folgende Weise reorganisiert. Vorsitz: Prof. Weizmann, Mitglieder: Ussischkin, Dr. Ruppin, Berthold Feiwel, Dr. Eder, Szold, ein Vertreter des Misrachi, ein Vertreter der Poale-Zion und drei Vertreter der Juden Palästina's. (s. J.P.Z. No. 55/56.)

— Der Pariser Korrespondent des „Judiszen Folk" meldet aus sicherer Quelle, dass General *Watson*, der Verwaltungschef Palästinas, demnächst zurücktreten werde. Seine Stelle werde ein General einnehmen, dessen Sympathien für den Zionismus allgemein bekannt seien.

— Der jüd. Zentralrat in Jerusalem (Waad Hair) wurde von dem Militärgouverneur als rechtmässige Vertretung der jüd. Bevölkerung Jerusalems anerkannt.

— Am 11. Sept fanden die diesjährigen Abschlussprüfungen im Gymnasium zu Jaffa in Gegenwart von General Watson, Chef der britischen Verwaltung in Palästina und Dr. Eder als Vertreter der Zionistischen Palästinakommission statt.

Geldverkehr mit dem feindlichen Ausland.

Die militärische Verwaltung Palästinas hat ein spezielles Inkasso-Büro eröffnet, das die Einzahlungen und Auszahlungen im Verkehr mit den Kaufleuten der bisher feindlichen Länder ermöglichen soll. Die Benützung dieses Büros ist obligatorisch und jeder Verkehr auf privatem Wege verboten.

— Unlängst ist in Haifa das russische Schiff „Daland", das erste nach fünfjähriger Unterbrechung, eingetroffen. Es kam aus Nowo Rossijsk, dem Reiche Denikins, und brachte 4000 Tonnen verschiedener Waren, die für jüd. Kaufleute bestimmt waren. Ein zweites russisches Schiff „Moltschanow" wird aus derselben Gegend erwartet, das grosse Mengen von Baumaterial, Holz und Eisen bringen soll.

— Eine Anglo-Palästina Export und Import Gesellschaft hat sich gebildet mit dem Hauptsitz in Haifa. Die Gesellschaft ist eine englische, die in Leeds ihre Verwaltung hat. Sie gibt in einem Zirkular an die jüd. Kolonisten in Palästina bekannt, dass sie für die palästinensischen Landesprodukte gute Absatzgebiete hat. Der Handelswelt teilt die Gesellschaft mit, dass sie bereit ist, sämtliche im Lande erforderlichen Waren aus dem Auslande zu importieren.

— Die Egyptian Bonded Stores (Warenlagerräume), über deren Konzession für die Lagerräume in Haifa bereits berichtet worden ist, (J.P.Z.Nr.50) eröffnet jetzt weitere Lagerräume beim Zollamt in Jaffa. Die Eröffnung dieser Lagerräume in Haifa und Jaffa ist für den palästinensischen Import und Export von grosser Bedeutung, da hierdurch ein direkter Verkehr zwischen dem Auslande und Palästina unter Vermeidung der ägyptischen Vermittlung geschaffen wird.

— Der Rat von *Tel-Awiw* hat Fachmänner berufen, um einen Plan für die Einrichtung elektrischer Beleuchtung und Beheizung in Tel-Awiw zu entwerfen.

— Am 21. Elul wurde von den palästinensischen Misrachisten eine allgemeine Versammlung einberufen, an der sich auch die syrischen und ägyptischen Misrachisten beteiligten. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Ausarbeitung eines Planes, wie die von den amerikanischen Misrachisten gesammelten großen Spenden am besten zu verwenden seien.

Hebräische Stenographie.

Lehrer *Thomas* hat ein stenographisches System der hebräischen Sprache ausgearbeitet und soeben fertiggestellt. Demnächst wird Thomas einen erläuternden Vortrag über sein System halten und auch mit der Aufnahme von Schülern beginnen. Auch *Ben Israel* hat noch vor dem Kriege eine abgekürzte hebräische Schrift, die auf einem anderen System beruht, ausgearbeitet, mit welcher er sich jedoch während des Krieges nicht beschäftigen konnte. Auch Ben Israel beginnt jetzt mit der Verbreitung seines Systems und der Annahme von Schülern.

— Auf Grund einer Entscheidung der Militärbehörden darf das jüdische Bataillon nur zum Dienst in Palästina verwendet werden. („Hadshoth Haaretz")

Abgeordnetenwahlen.

Auf einer am 10. und 11. Sept. stattgefundenen Sitzung hat der Provisorische Rat mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Palästina, die die Einberufung der Konstituante unmöglich machen, folgende Resolution angenommen:

1. Der Provisorische Rat der palästinensischen Juden beschliesst einstimmig auf den 18. Nov. eine Abgeordnetenversammlung einzuberufen, welche die Selbstverwaltung und die demokratische Vertretung des jüd. Jischuw in Palästina ordnen soll.

2. Der 26. Okt. wird fürs ganze Land als Wahltag festgesetzt.

Presse- und Verlags-Notizen.

Dieser Tage ist von E. F. Braunstein ein Werk, betitelt: „Die rumänische Oligarchie und die Juden" im Verlage von Eugène Fugières, Paris, erschienen. Das 260 Seilen starke Buch, das weiteste Kreise interessieren dürfte, enthält eine reich dokumentierte und beredte Beschreibung des jüdischen Martyriums unter der rumänischen Oligarchie.

— Ein neues Buch von Dr. Schmarjahu Lewin ist soeben in englischer Sprache erschienen, betitelt „Out of bendidge" (Heraus aus der Knechtschaft.)

— Im Krakauer „Nowy Dziennik", dem offiziellen Organ der westgalizischen Zionisten, veröffentlicht Dr. M. Ringel, Präs, des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien eine Feuilletonserie über „Paris nach dem Kriege", die von des Autors Sympathien für Paris und Frankreich beredtes Zeugnis ablegen.

— Die vor kurzem von Alexander Eliasberg herausgegebene Auswahl ostjüdischer Volkslieder (Verlag Georg Müller, München) findet im Berliner „Tag" vom 27. Sept. eine sehr günstige Besprechung.

An Stelle des „Rasswiet" erscheint jetzt in Petersburg als Organ der Zionisten die „Chronika Jewrejskoj Shisni" unter der Redaktion von J. Klebanow.